Ressort: Lokales

Niedersächsische Regierung rückt von Gorleben ab

Hannover, 28.11.2012, 16:42 Uhr

GDN - Die niedersächsische Regierung rückt von Gorleben ab. Der niedersächsische Ministerpräsident David McAllister (CDU) sagte der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (Donnerstagsausgabe), das Land Niedersachsen setze sich dafür ein, dass für die Endlagerung hochradioaktiven Mülls die Rückholbarkeit gewährleistet sei.

McAllister fügte hinzu: "Wenn das Kriterium der Rückholbarkeit greift, hat sich Salz als Endlagermedium und damit der Standort Gorleben ohnehin erledigt." McAllister beharrte aber in dem Gespräch darauf, dass Gorleben Teil einer neuen Suche nach einer geeigneten Endlagerstätte sein müsse. Bund und Länder versuchen seit Monaten, sich auf ein Gesetz für die Suche nach einer Endlagerstätte zu einigen. Strittig ist nach wie vor, welche Rolle Gorleben dabei spielen soll. McAllisters SPD-Gegenkandidat bei der Landtagswahl im Januar, der Hannoveraner Oberbürgermeister Stephan Weil, hatte sich dafür ausgesprochen, Gorleben bei der neuen Suche von vornherein auszuschließen. Er hatte damit auch die Bundes-SPD festgelegt, die seither ebenfalls wieder strikt für einen Ausschluss Gorlebens plädiert. McAllister sagte, eine neue Suche könne nicht damit beginnen, dass ein Standort ausgeschlossen werde. "Man kann ja schlecht bei einem Neuanfang der Endlagersuche von einer weißen Karte in Deutschland sprechen und gleichzeitig sofort einen Ort streichen", sagte McAllister der FAZ. Gorleben sei aber weder Vergleichs- noch Referenzstandort. Entscheidendes Kriterium sei die Geologie. Nach den Erfahrungen mit dem Endlager im Asse-Salzstock sei es für Niedersachsen naheliegend, darauf zu dringen, dass der Müll auch wieder zurückgeholt werden können müsse. McAllister lobte im FAZ-Gespräch die Haltung der Grünen zu Gorleben. Sie hätten auf ihrem Bundesparteitag in Hannover zu Gorleben endlich beschlossen, was die CDU schon immer gesagt habe: "Die Grünen beharren nicht mehr auf dem Standpunkt, dass Gorleben von vornherein aus allen Betrachtungen ausgeschlossen wird. Damit haben sie eigentlich eine Selbstverständlichkeit beschlossen." Was der Beschluss der Grünen praktisch wert sei, werde sich aber erst zeigen, wenn der Gesetzentwurf für ein Endlagersuchgesetz im Bundestag beraten wird. "Dann gilt es Farbe zu bekennen. Da bin ich mal gespannt", sagte McAllister.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-3189/niedersaechsische-regierung-rueckt-von-gorleben-ab.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619